

Klaus Dräger

Eine ‚geopolitische‘ Europäische Union?

Zu ihrem Amtsantritt als Präsidentin der EU-Kommission 2019 erklärte Ursula von der Leyen, sie wolle eine ‚geopolitische Kommission‘ schaffen: „Vor uns liegen enorme Aufgaben: Brexit, Klimawandel, 5G-Ausbau, der wachsende Protektionismus und die Reform des europäischen Asylsystems – um nur einige zu nennen. Um diese Umbrüche zu schaffen, muss Europa geeint auftreten und sich global stärker behaupten.“¹ Ihr Ziel sei es, eine ‚strategische Souveränität‘ der EU auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland zu erreichen. Seit dem Ukraine-Krieg im Februar 2022 überbieten sich die EU-Granden mit Reden und Stichworten zum Thema Geopolitik: geopolitische EU, neuerdings werden auch ‚geopolitische Subventionen‘ angekündigt.

Ist die EU in der Lage, zu einer Weltmacht auf dem Niveau der USA oder Chinas aufzusteigen? Oder ist das bloßes Wunschdenken ihres Führungspersonals? Zu diesen Fragen versuche ich nachfolgend einen groben Überblick zu geben.

EU-Global Gateway – Alternative zu Chinas Projekt einer Neuen Seidenstraße?

Die 2021 gestartete „EU Global Gateway Initiative“ (Europas ‚Tor zur Welt‘) soll Chinas Neuer Seidenstraße Konkurrenz machen. Es geht der EU (unterstützt auch durch die G7-Staaten) darum, Chinas (und auch Russlands) wachsenden Einfluss bei aufsteigenden Schwellenländern und anderen Staaten des Globalen Südens zu begrenzen. Zwischen 2021 und 2027 sollen rund 300 Milliarden Euro in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr, Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssystemen bereitgestellt werden. Geplant sind u.a. Investitionen in neue Bahnlinien und Straßen, eine neue Unterwasserkabelverbindung zum Datentransport zwischen der EU und Lateinamerika und der Einsatz von grünem Wasserstoff. Allerdings: Die angekündigten 300 Mrd. Euro wurden im Wesentlichen aus bereits bestehenden EU-Fonds für Entwicklungshilfe, Nachbarschaftspolitik etc. umgeschichtet – und so gebündelt als bahnbrechende neue Initiative der EU verkauft. Wie so oft bei der EU-Propaganda – kaum frisches Geld. Chinas seit langem verfolgtes Projekt für die Neue Seidenstraße beläuft sich hingegen inzwischen auf rund 2500 Mrd. Dollar in Projekte auf der ganzen Welt. Die EU-Initiative (und auch die unterstützenden G7-Partner des globalen Westens) können da nicht mithalten. Zum EU Global Gateway Projekt kommentierten die „Stuttgarter Nachrichten“ am 26. Januar 2023 sarkastisch: „Auch in der EU-Kommission selbst scheinen die Verantwortlichen mit dem Verlauf eher unzufrieden zu sein. Vor einigen Monaten wurde deshalb in Brüssel ein

¹ Zitat nach ‚Auswärtiges Amt‘ – Startschuss für eine geopolitische EU-Kommission, 3.12.2019; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik-europa-eu-kommission-/2284150>.

Treffen mit mehreren Hundert Teilnehmern organisiert. (...) Sichtbares Ergebnis war eine Hochglanzbroschüre, in der im November mehrere Initiativen vorgestellt wurden. So etwa Produktionsanlagen für grünen Wasserstoff in Namibia und Kasachstan oder ein schwimmendes Solarkraftwerk in Albanien. Das Problem: alle Projekte existieren bisher nur auf dem Papier.“

EU – China:

Weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Bruch?

Noch 2020 wollte die EU auf Druck von Angela Merkel ein Handels- und Investitionsabkommen mit China („Comprehensive Agreement on Investment“, CAI) abschließen – das wegen der Corona-Pandemie nicht zu Ende verhandelt werden konnte. Bekannt ist, dass insbesondere das deutsche Kapital in China stark investiert und Deutschland der größte Exporteur von Waren (insbesondere Investitionsgütern wie Maschinenbau) nach China ist. Umgekehrt ist die EU für China der größte Handelspartner und Exportmarkt.

Die US-Regierungen (Obama, Trump) ergriffen hingegen schon früh Maßnahmen, um die US-Ökonomie von China zu entkoppeln (de-coupling).² Ihnen ging es stets darum, den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas mit ökonomischen und militärischen Strategien zu verhindern.³ Biden fordert nun ‚präventive Wirtschafts-sanktionen‘ des Westens gegen China. Um verschärfte US-Sanktionen zu umgehen, überlegen deutsche Unternehmen, ihre Niederlassungen in China in lokale (chinesische) Unternehmen umzuwandeln. Brüssel und Berlin wollen vorsorglich die wirtschaftliche Verflechtung mit China verringern, um für eine mögliche Eskalation gewappnet zu sein.

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen verschärft ihre Anti-China-Rhetorik und sucht dabei den Schulterschluss mit Biden. Zwar solle die EU sich wirtschaftlich nicht vollständig von China abkoppeln, aber in Bezug auf strategische Güter und Dienstleistungen einseitige Abhängigkeiten vom Reich der Mitte drastisch abbauen (de-risking). Frankreichs Präsident Macron hingegen plädiert für eine eigenständige, auf Ausgleich bedachte China-Politik der EU – unabhängig von den USA. Bei seinem Staatsbesuch in China (gemeinsam mit von der Leyen) vor Ostern 2023 wurden rund 50 Wirtschaftsprojekte französischer Firmen mit China abgeschlossen. Zudem plädierte Macron für eine eigenständige Position in der Taiwanfrage.⁴ Danach hagelte es scharfe Kritik von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und der SPD. Das so oft beschworene deutsch-französische Tandem ist beschädigt. Die Widersprüche innerhalb der EU zur China-Politik liegen nun offen zu Tage.

² Siehe dazu den Beitrag von Thomas Sablowski in diesem Heft, S. 65ff.

³ Siehe dazu den Beitrag von Jörg Kronauer in diesem Heft, S. 38ff.

⁴ Die Äußerungen dürften auch innenpolitisch motiviert sein, wo neo-gaullistische Attitüden beliebt sind.

Wettlauf um Ressourcen und neue Märkte

Bundeskanzler Olaf Scholz drängt seit einiger Zeit die Regierungen lateinamerikanischer Staaten, endlich das seit rund 20 Jahren verhandelte EU-Mercosur-Abkommen abzuschließen. Damit würden europäische Konzerne innerhalb von 10 Jahren Zugang zu einem Markt mit 265 Millionen Menschen erhalten, in dem 90 Prozent der Zollschränken schrittweise abgebaut würden. Es wäre die größte Freihandelszone der Welt. Aus Sicht deutscher Unternehmen könne dies helfen, die durch die gemeinsame westliche Sanktionspolitik gegenüber Russland dort rückläufigen Geschäftsmöglichkeiten mehr als auszugleichen.

Die deutschen und europäischen Grünen stehen dabei vor einem Problem. Früher hatten sie das Mercosur-Abkommen stets abgelehnt – weil es keine Sicherungen gegen die Abholzung des Regenwalds, den Anbau von Gen-Soja, den Export von billigem Rindfleisch, den Rückbau der Extraktionsökonomie (Gold und andere Rohstoffe) vorsieht.

Die deutschen Grünen setzen deshalb auf Verhandlungen über ein klimaschützendes Zusatzabkommen mit Brasiliens Präsident Lula da Silva. Um dies auszuloten wurden Agrarminister Cem Özdemir und Wirtschaftsminister Robert Habeck auf Mission nach Lateinamerika geschickt. Die Bundesregierung versprach Hilfen für den Erhalt des Regenwalds und auch für den Kohleausstieg in Kolumbien. Im brasilianischen Amazonas begrüßte Habeck eine Versammlung indigener Gemeinschaften: „Ich bin Robert, das ist Cem, und wir sind Minister in der deutschen Regierung – das ist so etwas wie euer Häuptling (chief), aber in einem anderen Land“. Zur von den Grünen zuhause gepflegten Wokeness passt Habecks Ansprache an die Indigenen wohl nicht.

Mit der Zuspitzung des Ukraine-Kriegs, der westlichen Sanktionspolitik und deren globalen Folgen versucht insbesondere die deutsche Ampel-Regierung, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern auf der Welt zu diversifizieren. Einseitige Abhängigkeiten seien zu vermeiden. Es geht ihr dabei stets um den Zugriff auf Rohstoffe (z.B. seltene Erden, Lithium für Elektroauto-Batterien usw.), die Versorgung mit ‚grünen Wasserstoff‘ und vieles mehr. Dazu wird z.B. mit Ländern wie Brasilien, Kolumbien, Chile, Argentinien in Lateinamerika, aber auch z.B. mit Marokko intensiv verhandelt. Die Bundesregierung möchte auch mit Indien, Indonesien und südostasiatischen Ländern stärker ins Geschäft kommen, um dort als Gegengewicht zu China einen Fuß in die Tür zu bekommen. Dabei geht es im Wesentlichen um bilaterale Verhandlungen. Von deutschen Konsortien geführte Projekte werden angeboten und gepuscht – in Konkurrenz mit jenen aus anderen EU-Staaten (z.B. Frankreich, Spanien, Italien). Dieses Muster ist aus der deutschen Einkaufstour seit dem Ukraine-Krieg bekannt, um russisches Gas durch solches aus anderen Quellen (USA, Katar, Norwegen) zu ersetzen. Es geht stets darum, dass Deutschland sich den Löwenanteil an Ressourcen, Energie und Geschäftsmöglichkeiten sichert. Der bekannte neoliberale Standortwettbewerb zwischen nationalstaatlichen Regierungen im Interesse des jeweiligen heimischen Kapitals – er prägt auch weiterhin die EU.

Geopolitische Subventionen der EU gegen Bidens IRA?

Die EU macht sich große Sorgen wegen des „Inflation Reduction Act“ (IRA) der USA. Dies ist ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von 374 Mrd. US Dollar, die in die Förderung von Elektromobilität, Klimaschutz und Zukunftsbranchen fließen sollen. Die in dem Gesetz gewährten Subventionen und Gutschriften sind an inländische Lieferklauseln gebunden – Produkte und Dienstleistungen made in USA. Die EU befürchtet, dass europäische Unternehmen deswegen ihr Geschäft in die USA verlagern. Es drohe ein Exodus der ‚grünen‘ Technologiebranchen, sogar eine De-Industrialisierung Europas. Dies würde die Pläne für einen EU Green Deal massiv beschädigen.

Es gab mehrere Verhandlungsrunden (Macron, Scholz, von der Leyen) dazu mit Biden, und eine Annäherung der Standpunkte. Der größte Streitpunkt aber wurde ausgeklammert – die Gleichstellung der EU mit anderen Handelspartnern. Somit dürften US-Subventionen weiter nur an jene Unternehmen gehen, die sich in den USA ansiedeln. Am 1. Februar 2023 legte die EU-Kommission mit ihrem „Green Deal Industrial Plan“ eine europäische Antwort vor. Unter anderem schlägt sie geopolitische Subventionen vor. Mit diesen sollen entsprechende Unternehmen dazu gebracht werden, weiter innerhalb der EU zu investieren.

Allerdings: Für diese geopolitischen Subventionen gibt es zunächst kein frisches Geld. Dafür sollen die Beihilfe-Regelungen der EU abgeschwächt werden. Künftig dürfen die Mitgliedstaaten hohe Beträge ausgeben, wenn Unternehmen ansonsten außerhalb der EU investieren würden. Sie dürfen unter Auflagen den gleichen Betrag bereitstellen, den das Unternehmen außerhalb der EU an Staatshilfe bekäme. Frankreich und Deutschland könnten sich diese Subventionen leisten – kleinere EU-Länder aber nicht. Im Sommer 2023 will die Kommission die Einrichtung eines neuen und möglicherweise kreditfinanzierten „Souveränitätsfonds“ vorschlagen, um Finanzmittel für den Green Deal Industriepan zu mobilisieren. Die Vorschläge der Kommission sind in der EU hoch umstritten.

Der DGB unterstützt sowohl Bidens IRA als auch die Pläne der EU-Kommission. Er warnt vor einem Subventionswettbewerb zwischen den großen Wirtschaftsblöcken und einem gegenseitigen Abwerben von internationalen mobilen Konzernen und Investoren. Bei der nötigen Transformation zur Klimaneutralität seien internationale Vereinbarungen zwischen großen Wirtschaftsräumen (USA, EU, China usw.) nötig, um ein solches Szenario zu verhindern. Ein solches kooperatives Vorgehen wäre wünschenswert – aber ist es auch realistisch angesichts der verschärften geopolitischen Rivalität und Konfrontation?

Strategische Souveränität?

Während der Trump-Ära setzte sich die EU das Ziel, eine eigenständige wirtschaftliche und militärische Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland zu werden. Macron und von der Leyen kündigten an, eine Europäische Armee schaffen zu wollen. Die EU ist schon länger eine Aufrüstungsunion. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, ihre Militärhaushalte regelmäßig zu erhö-

hen, in die Rüstungsforschung zu investieren und mehr und moderneres Gerät zu beschaffen. Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) sollten die militärischen Fähigkeiten der teilnehmenden EU-Staaten stärker gebündelt und mit dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) zusätzliche Investitionen im Rüstungssektor angeschoben werden. Die Umsetzung dieser Pläne verläuft eher schleppend.

Mit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich die Lage der EU dramatisch verändert. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell deutete die vorherige EU-Vision radikal um. Die ‚geopolitische Kommission‘ hat laut ihm jetzt das Ziel, die strategische Souveränität der NATO und des Westens insgesamt zu stärken – nicht die einer eigenständigen EU. Die EU folgt blindlings der NATO und der Strategie von US-Präsident Joe Biden. Auch Frankreichs Präsident Macron reiht sich in punkto Ukrainekrieg nahtlos ein – früher hatte er die NATO als „hirmot“ kritisiert. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland wird mit immer weiteren Sanktionspaketen von der EU und den USA ausgeweitet. Massive Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine finden nun statt, um dieser einen Sieg auf dem Schlachtfeld und die Rückeroberung der von Russland besetzten Gebiete (auch evtl. der Krim) zu ermöglichen. Außerdem sollen mehrere hundert Millionen für die Beschleunigung der europäischen Munitionsproduktion locker gemacht werden, wodurch Brüssel nun auch voll beim Aufbau einer Kriegswirtschaft mitmischt.

Offensichtlich ist: Die eigenständige Steuerungs- und Handlungsfähigkeit der EU nimmt immer weiter ab. Sie agiert zunehmend als Vasall des US-Imperiums. Seymour Hersh's Recherchen zu den Anschlägen auf die Nordstream 1 & 2 Gaspipelines – die USA und Norwegen steckten dahinter – werden als Verschwörungstheorie eines alternden investigativen Journalisten abgetan. Alternative Hypothesen – die Anschläge wären von einem Segelboot mit einer Besatzung von sechs Leuten ausgeführt worden – bezweifeln inzwischen auch die westlichen Regierungen und deren Mainstream Medien.⁵ Die Regierungen von Schweden, Dänemark und Deutschland halten ihre jeweiligen Ermittlungserkenntnisse als Staatsgeheimnis unter Verschluss. Transatlantische Solidarität, Geschlossenheit der NATO – das ist jetzt wichtiger. Devot kauft man US-Fracking-Gas, was viermal teurer und ökologisch schädlicher ist als das von Russland bezogene Erdgas.

Der Ukraine wurde hastig der Status eines EU-Beitrittskandidaten zugestanden. Bundeskanzler Olaf Scholz und Kommissionspräsidentin von der Leyen plädieren dafür, die Staaten des Westbalkans sowie die Ukraine, Moldau und Georgien zügig in die EU aufzunehmen. Dieses Projekt ‚GroßEuropa‘ deckt sich mit der bekanntesten Strategie der NATO zur Osterweiterung. Das US-Magazin „Foreign Policy“ spekuliert aber bereits über eine Föderation von Polen mit der Ukraine: „Die polnisch-ukrainische Union würde zum zweitgrößten Land in

⁵ <https://www.telepolis.de/features/Nord-Stream-Ermittlungen-Lag-Seymour-Hersh-doch-richtig-8729812.html>

der EU und wahrscheinlich zu ihrer größten Militärmacht werden und damit ein mehr als ausreichendes Gegengewicht zum deutsch-französischen Tandem bilden“.⁶

Es ist ohnehin deutlich, dass die polnische Regierung gemeinsam mit einigen osteuropäischen Partnern in der Außenpolitik strikt den USA folgt und diese mit ihren Forderungen nach Lieferung von Kampffjets an die Ukraine erfolgreich unter Druck setzte. Inzwischen sollen von Polen MiG-29 Kampffjets sowjetischer Bauart aus vormaligen DDR-Beständen an die Ukraine geliefert werden. Bundesverteidigungsminister Pistorius gab sein Okay dazu. Die militärische Eskalationsspirale im Stellvertreter-Krieg zwischen Russland und der NATO in der Ukraine nimmt weiter zu. Biden nützt dies sehr, um den Rest der EU vor sich herzutreiben und das schon brüchige deutsch-französische Tandem weiter zu schwächen. Dies erinnert an die Strategie von US-Präsident G. W. Bush im zweiten Irak-Krieg: ‚New Europe‘ (EU-Osteuropa) in seiner Koalition der Willigen gegen ‚Old Europe‘ (Frankreich, Deutschland, Benelux) in Stellung zu bringen. Mit dem EU-Beitritt der Ukraine, Moldaus und Georgiens würden die Kräfte innerhalb einer erweiterten EU gestärkt, die die US-Dominanz über Europa weiter zementieren. Scholz’ offensichtliches Kalkül, dass Deutschland als Mittler zwischen einem geschwächten Frankreich und einem aufsteigenden Polen/Osteuropa seine Dominanz in der EU sichern könne, ist aus meiner Sicht auf Sand gebaut.

Fazit

Der US-amerikanische Ökonom Thomas Palley lieferte in einer Studie zur Dollarhegemonie⁷ auch eine bemerkenswerte Analyse zur ‚geopolitischen Inkohärenz der EU‘. Einige Auszüge davon (Übersetzung KD):

„Man kann also argumentieren, dass der Euro (und die Europäische Union) unter einer Überdehnung leidet, die mittel- und osteuropäische Staaten eingemeindet hat, die politisch fremd sind und divergierende politische Interessen haben. Außerdem hat sich Europa dazu entschlossen, in Bezug auf Geopolitik und Konflikte die Rolle des Mitläufers der USA zu spielen. (...)

Das hat sich im Ukraine-Konflikt deutlich gezeigt, unter dem Europa enorm gelitten hat, während die USA ein geopolitischer Nettonutznießer waren. Europa hat enorme wirtschaftliche Kosten in Form von Störungen und Unterbrechungen der Energieversorgung, Inflation und Verlust des riesigen russischen Exportmarktes für Luxus- und Investitionsgüter. Im Gegensatz dazu haben die USA neue Energiemärkte in Europa erschlossen, Europa in eine noch stärkere Unterwerfung unter das US-Militär verwickelt und permanent verschärfte Spannungen mit Russland geschaffen, die den USA geopolitisch zugutekommen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

⁶ Zitiert nach Polskie Radio; 27.03.2023; <https://www.polskieradio.pl/400/7764/artykul/3141321,usmagazin-spekuliert->.

⁷ Thomas Palley: Theorizing dollar hegemony ...; August 2022; https://www.postkeynesian.net/downloads/working-papers/PKWP2220_v2.pdf.